

## CDU-Wahlprogramm: Die Arbeitslosenhilfe soll an Sozialhilfe angepaßt werden

Langzeitarbeitslose sollen nach dem Willen der CDU künftig ihre Stütze von den Kommunen und nicht über das Arbeitsamt beziehen. Dies geht aus dem wirtschaftspolitischen Teil des CDU-Wahlprogramms hervor. Die CDU wolle „die Instrumente der Arbeitslosenhilfe an das Recht der Sozialhilfe anpassen“. Man strebe „eine Konzentration der zusammengefaßten Leistungen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bei den Kommunen an“.

Die Absichten im Wahlprogramm gehen auf Vorschläge eines Arbeitskreises um den CDU-Sozialpolitiker Ulf Fink zurück. Der Arbeitskreis diskutiert schon seit längerem mit den Städten und Gemeinden über eine Angleichung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe. Menschen ohne Arbeit erhielten Unterstützung nach „unterschiedlichen Regeln und in unterschiedlicher Höhe, je nachdem ob sie Arbeitslosen- oder Sozialhilfe empfangen“, heißt es im vorgestellten Programm.

Die Städte und Gemeinden verabschiedeten erst vor kurzem eine EntschlieÙung, nach der die gesetzliche Grundlage für das Leistungsrecht von Arbeitslosen- und Sozialhilferecht vereinheitlicht werden soll, erklärte Ludwig Fuchs, Hauptreferent im Deutschen Städtetag. Das könnte laut Fuchs auch bedeuten, die Arbeitslosenhilfe „bedarfsgerecht“ an das Existenzminimum zu koppeln. Damit würde ein wichtiges Prinzip der Arbeitslosenhilfe aufgegeben. Bisher wird die Höhe dieser Stütze abhängig vom letzten Erwerbseinkommen gewährt und nicht wie die Sozialhilfe abhängig vom Bedarf. Die Städte und Gemeinden fordern zudem, daß SozialhilfeempfängerInnen die Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten nutzen können, die auch Arbeitslosenhilfe- und Geldempfängern offen stehen. Mehrkosten der Kommunen müÙten vom Bund ausgeglichen werden, sagte Fuchs.

Nach: taz vom 17.04.1998

